

12. 11. 60



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 0886890

P/ZV/282 - 12. Dezember 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	<u>Ein Mann von Maß und Würde</u> Am 14. Dezember : Dr. Georg August Zinn zehn Jahre Ministerpräsident von Hessen	73
3 - 4	<u>Notstandsrecht und Pressefreiheit</u> Von Ulrich Dübber	74
4	<u>Hier irrt Lücke</u> Unangenehme Auswirkungen seiner Wohn- und Mietgesetze	25
5	<u>"Moralisch verwerflich"</u> Vernichtendes Urteil über Rassentrennungs-Politik in Südafrika Zu den Feststellungen der Internationalen Juristenkommission	43
6	<u>Lodemdes Algerien</u> Moslems wurden plötzlich zur politischen Kraft Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer	46

* * * *

Ein Mann von Maß und Würde

Am 14. Dezember: Dr. Georg August Zinn zehn Jahre Ministerpräsident

kl - Als auf dem SPD-Parteitag in Hannover der neue Vorstand gewählt wurde, entschieden sich 311 Delegierte, die gültige Stimmen abgaben, für einen Mann, der durch sein Wirken als Regierungschef weit über die Grenzen seines Landes und die der Bundesrepublik hinaus bekannt geworden ist. Am 14. Dezember 1960 jährt sich zum zehnten Male der Tag, an dem Georg August Zinn zum Ministerpräsidenten des Landes Hessen gewählt wurde. Kennzeichnend für die Arbeit Dr. Zinns sind Sätze, die sich in seiner ersten Regierungserklärung finden:

"Wir beabsichtigen keine Experimente. Wir sind weder Dogmatiker noch Utopisten. Die Politik der Regierung wird massvoll sein. Sie wird sich Ziele setzen, die bei ernstem Wollen und einigermaßen günstigen Umständen erreichbar sind. Wir geben keine leeren Versprechungen. Wir sind aber gewillt, die uns gestellten Aufgaben mit aller erdenklicher Tatkraft und Entschlossenheit in Angriff zu nehmen und gegen alle Widerstände mit Festigkeit durchzuführen."

Zehn Jahre sind seitdem vergangen, aber diese Worte sind heute noch aktuell. Sie haben dazu beigetragen, dass während dieser zehn Jahre die hessische Landespolitik ausgewogen und beständig blieb, und sie sind vielleicht ein Grund dafür, dass Dr. Zinn heute, von dem Regierungschef des Stadtstaates Bremen und dem Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz, Peter Altmaier, abgesehen, der dienstälteste Ministerpräsident eines westdeutschen Bundeslandes ist.

Die Wahl zum Ministerpräsidenten traf ihn nicht unvorbereitet. Zinn gehörte schon im Oktober 1945 dem Kabinett von Prof. Dr. Geiler als Justizminister an. Über diese Zeit erzählte er einmal: "Es haben schon viele Juristen in Deutschland das Amt eines Justizminister übernommen. Immer war ein Vorgänger und ein Nachfolger da. Nur ich stand mit zwei Juristinnen und zwei Stenotypistinnen vor dem Nichts. Selbst die einfachsten technischen Hilfsmittel fehlten. Das Porto musste ich aus meiner eigenen Tasche bezahlen, weil es noch keine Staatshauptkasse gab, und durch die zerbrochenen Fensterscheiben drang der Staub auf die Tische, die eigentlich nur Bretter waren." Als Mann des Ausgleichs und der sozialen Verantwortung waren sein Rat und seine Meinung zu den Tagesfragen der Landespolitik schon damals wichtige Diskussionsbeiträge. Nicht nur bei seinen politischen Freunden, sondern auch bei der Opposition, die für ihn immer eine besondere staatspolitische Funktion besitzt. Als Mann des Ausgleichs wurde Dr. Zinn auch über Hessens Grenzen hinaus bekannt, vor allem durch seine Arbeit im Bundesrat. Es ist bezeichnend, dass ihn die Bundesratsmitglieder 1955 zum Vorsitzenden des Vermittlungsausschusses wählten, dessen Aufgabe es ist, zwischen den Inter-

sen des Bundestages und des Bundesrates zu vermitteln. Hessens Ministerspräsident leitet heute noch diesen Ausschuss.

Als Mann des Ausgleichs hat er es geschafft, die Gegensätze zwischen dem reicheren Südhessen und dem ärmeren Nordhessen zu mildern. Er fühlt sich auch mit beiden Landesteilen persönlich eng verbunden: durch seinen Geburtsort Frankfurt, der Stadt seiner ersten Schuljahre, und durch Kassel, seiner ersten Wirkungsstätte, der Stadt, in der er mit seiner Familie jahrzehntlang gelebt hat.

Als Mann des Ausgleichs und der Zusammenarbeit hat Dr. Zinn auch bei der Opposition einen guten Namen. Sein rechtliches Denken und Handeln, sein Bemühen, allen berechtigten Interessen gerecht zu werden, haben auch bei politisch andersdenkenden Anerkennung und Würdigung gefunden. Der Begriff von der "Politik der sozialen Verantwortung", den er vor zehn Jahren prägte, ist zum Inbegriff unseres politischen Lebens schlechthin geworden.

Vieles, was in seiner zehnjährigen Amtstätigkeit in Hessen geschaffen wurde, war ohne Vorbild und wurde beispielhaft. Dieses Wirken hat genau so zum guten Ruf des Hessenlandes beigetragen, wie das ausgewogene politische Klima in diesem Landes. Dr. Zinn wurde einmal gefragt, woraus er am meisten gelernt habe. Die Antwort lautete: "Immer aus der Tat, zu der mich das Leben oder die jeweilige politische Situation zwangen!"

Zu neuen Taten soll Ministerpräsident Zinn, der in Hessen seine Partei bisher immer zum Sieg führte, nach dem Wunsch seiner Freunde neue Gelegenheiten bekommen. Als Mitglied der sozialdemokratischen Regierungsmannschaft steht er zwar in Alphabet an letzter Stelle, seine persönlichen und politischen Erfolge nach rangiert er aber unter den ersten.

+ + +

Notstandsrecht und Pressefreiheit

Von Ulrich Dübber

In ihrem Gespräch mit dem Bundespräsidenten in der vergangenen Woche haben die Mitglieder des Deutschen Presserates auch die Frage der Notstandsgesetzgebung angeschnitten. In längerer Unterredung haben sie dem Präsidenten ihre Besorgnisse gegenüber dem Regierungsentwurf dargelegt, der nach Ansicht der Presse mit seinen Einschränkungen der Meinungsfreiheit weit über das gebotene und zulässige Maß hinausgeht.

In der Tat sieht Schröders Entwurf zur Änderung des Grundgesetzes eine Ermächtigung der Bundesregierung vor, im Ausnahmezustand (den sie bekanntlich gegebenenfalls ohne Mitwirkung des Parlaments vorhängen kann) nach Gutdünken das Grundrecht der Presse- und Informationsfreiheit "über das sonst vorgesehene Maß einzuschränken" d.h. es praktisch außer Kraft zu setzen. Die sehr allgemein gehaltene Abfassung schließt sowohl Presse- und Rundfunkzensur, Auflagemeldungen amtlicher und militärischer Stellen wie generelle Zeitungs- und Sendeverbote ein.

Die unklare Formulierung der Voraussetzungen, unter denen der Notstand überhaupt ausgerufen werden kann, macht jeden Mißbrauch möglich. Bereits die Störung der verfassungsmäßigen Ordnung in einem Bundesland gibt der Regierung die Vollmacht zur Verhängung des Ausnahmezustandes für ein unbegrenztes Territorium und damit auch die Existenz der Presse in die Hand.

Mit Recht wendet sich der Presserat gegen derartige Vorschriften. Zeitungsverbote sind bekanntlich keine "leichten Waffen" in der Hand einer Regierung, sondern haben die Wirkung schwerer Geschütze. Wo deren Geschosse einschlagen, wächst längere Zeit kein Gras mehr. Schon mit wenigen gut gezielten Beschlagnahmen der Gesamtauflage läßt sich ein Verlagsunternehmer an den Rand des wirtschaftlichen Abgrunds bringen.

Auch der Presserat kritisierte die fehlende Unterscheidung zwischen innerem und äußerem Notstand. Gerade innere Unruhen dürfen nach seiner Ansicht kein Grund zur Außerkraftsetzung der Pressefreiheit sein, denn Zeitungen und Rundfunk kommt in solchen Situationen die wichtige Aufgabe zu, an der Überwindung des Notstandes mitzuwirken. Bestimmt läßt sich kaum ein Aufruhr denken, der allein mit nackter Gewalt so eingedämmt werden kann, daß er nicht bei nächster Gelegenheit wieder ausbricht. Wo nicht für lange Zeit ein polizeistaatliches Regime errichtet werden kann, ist eine Befriedigung irreführter und verhetzter Bevölkerungsteile ohne Mitwirkung einer freien Presse unvorstellbar. Wenn nicht über das Tagesgeschehen regelmäßig durch Zeitungen und Rundfunk umfassend informiert wird, grassiert das Gerücht in seiner wildesten Form und entzündet neue Unruhen: Es besteht hoffentlich nicht an irgendwelchen Stellen die Idee, in solchen Fällen durch Herausgabe von offiziellen Anteblättern nach dem Vorbild alliierter Armeezeitungen von 1945 der Nachrichten hunger befriedigen. Eine seit Jahren an unabhängige Zeitungen gewöhnte Leserschaft dürfte solche Erzeugnisse mit anderen Gefühlen aufnehmen, als die durch Pressefreiheit wahrlich nicht verwöhnten Deutschen von 1945.

Die Sprecher der deutschen Presse haben sich nicht auf bloße Ablehnung des Entwurfs beschränkt, sondern für den - bekanntlich auch bei der parlamentarischen Opposition für regelungsbedürftig erachteten - äußeren Notstand das Angebot der Mitarbeit der Presse gemacht.

Daß sich das heiße Eisen der Einschränkung eines Grundrechtes auch in weniger totaler Sicht behandeln läßt, als es der Innenminister tut, zeigt allein der Gegenvorschlag des Bundesrats. Darin ist von unbegrenzter Einschränkung der Pressefreiheit keine Rede mehr, sondern allein von den Maßnahmen der Zensur und der "für ein bestimmtes räumliches Gebiet und einen bestimmten Zeitraum" verhängten Nachrichtensperre. Es geht also auch anders.

Vor allem ist im Bundesratsvorschlag keine Berechtigung mehr zur Einschränkung der Informationsfreiheit, die das Gegenstück der Pressefreiheit ist. Schröders Entwurf erlaubt ohne Schwierigkeiten die Aufstellung von Störsendern gegen fremde Rundfunkstationen und sogar das Verbot des Abhörens ihrer Sendungen bei Androhung von Strafe. Wer vom Fernsehstreit noch die ständige Bonner Rede von den Zonenfernsehen, das angeblich die Gründung der Adenauer-Schäffer-GmbH erzwang, im Gedächtnis hat, kann heute schon selber die Begründung für die Inbetriebnahme von Störsendern konzipieren.

Der Presserat wünscht recht bald eine Erörterung aller dieser Fragen mit den Fraktionsvorsitzenden. Sein Begehren ist berechtigt und könnte vielleicht die erfreuliche Nebenwirkung haben, daß die CDU/CSU nach der von ihr eingelegten neunmonatigen Pause mit einer eigenen Verhandlungskonzeption die abgebrochenen interfraktionellen Notstandsberatungen wieder aufnimmt.

+ + +

Hier irrt Lücke

sp - Recht freigeiBig mit Pauschalverdächtigungen geht der Herr Bundeswohnungsbauminister Lücke um. Seiner Ansicht nach seien die deutschen Mieterbünde "zu einem Teil kommunistisch unterwandert". Er führt die Unruhe, die der nach ihm benannte "Lückeplan" in weiten Schichten der Bevölkerung ausgelöst hat, auf Verhetzung zurück. Hier macht es sich der Wohnungsbauminister doch allzu einfach. Der Ärger über die zum Teil ins Maßlose getriebenen Mietpreiserhöhungen, eben Folge der neuen Wohnungs- und Mietgesetze, bedarf keiner künstlichen Aufpeitschung, er stellt sich von selbst ein. Dem Minister wäre gelegentlich der Besuch von Stadtratsitzungen irgendeiner Groß- oder Mittelstadt zu empfehlen, er könnte dort Dinge zu hören, die für ihn keine Musik bedeuten würden. Es fehlen in der Bundesrepublik immer noch über anderthalb Millionen Wohnungen. Man ist es eine Binsenwahrheit, daß dort, wo die Fachfrage das Angebot übersteigt, der sozial Schwächere benachteiligt wird. Nicht alle Mieter sind in der Lage, die erhöhten Mietausgaben durch Ersparnisse auf anderen Gebieten oder durch Gehalts- und Lohnerhöhungen auszugleichen. Für diese Mieter bedeutet ein Mehraufwand für Wohnungen eine nicht unbeträchtliche Minderung des bisherigen Lebensstandards. Wer kann darüber noch froh sein? Die verständliche Unruhe bei diesen Mietern ist nicht, wie der Wohnungsbauminister meint, ein Ergebnis kommunistischer Schürcreien, sondern der Niederschlag eines Gesetzes, das für viele Hunderttausende von Bundesbürgern viel zu früh kam. Herr Lücke wird dies freilich nicht gern zur Kenntnis nehmen wollen.

+ + +

"Moralisch Verwerflich"

Vernichtendes Urteil über Rassentrennungs-Politik in Südafrika

Zu den Feststellungen der Internationalen Juristenkommission

sp- "Die nicht-weiße Bevölkerung wird in einem Zustand ständiger Unterordnung gehalten. Sie wird der sozialen Grundrechte beraubt, sie besitzt weder die freie Wahl des Ehepartners, noch die Religionsfreiheit; auch Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit sind begrenzt". ... "Diese Politik der Diskriminierung steht nicht nur im Widerspruch zu den Grundrechten des Menschen und den allgemein anerkannten Rechtsgrundsätzen, sie schafft auch einen Explosionsherd, der eines Tages zu wilderen und allgemeineren Gewalthandlungen zu führen vermag, als sie Südafrika je gekannt hat".

* * *

Zu diesen Feststellungen ist die Internationale Juristenkommission in Genf gelangt, der 37 000 Rechtsgelehrte und Anwälte aus mehr als 50 Ländern angehören, und die in einem 339 Seiten umfassenden Gutachten die Rassentrennungspolitik in Südafrika nach einjähriger Studienarbeit als "moralisch verwerflich" und als "Verletzung rechtsstaatlicher Prinzipien" bezeichnet hat.

Die politische Wertung der Vorgänge in Südafrika wird in dem oben zitierten Satz ausgesprochen. Sie ist angesichts der Vorgänge in Nordafrika, im Kongo und in Zentralafrika von grösster Bedeutung. Hier haben Juristen von Weltruf nicht nur das moralische Urteil über die südafrikanische Rassentrennungspolitik gefällt, sondern den Weissen in der ganzen Welt die politischen Konsequenzen der Zustände in diesem Teile Afrikas aufgezeigt.

In früheren Jahren und Jahrzehnten wurden derartige Alarmerufe von unabhängigen Wissenschaftlern der weissen Welt meist vorenthalten. Man lebte im Zeitalter der Kolonialausbeutung und unterdrückte das Gewissen. Unrecht und Ausbeutung, verübt an den Völkern Afrikas und Asiens, wurden in Europa lange Zeit als "notwendige Begleiterscheinungen eines Zivilisationsprozesses" dargestellt, oder als spannernde Abenteuer, die die Kolonisatoren fern von der Heimat erlebten.

Jetzt, nach den Feststellungen der Internationalen Juristenkommission in Genf, kann niemand mehr sagen, er wisse nicht, dass in Südafrika Abscheuliches geschieht. Niemand kann jetzt noch seine Hände in Unschuld waschen und so tun, als ginge ihn die Verletzung des Rechtes nichts an.

Der afrikanische Kontinent ist im Aufbruch. Überall gärt es, und selbst dort, wo vermeintlich gute Beziehungen zwischen Weissen und Schwarzen herrschen, schwelt es unter der Oberfläche. Zu spät gebilligte Reformen können den Unwillen des schwarzen Mannes nicht übertünchen. Wenn die Internationale Juristenkommission von einem "Explosionsherd" in Südafrika spricht, dann sollte jeder in Europa begriffen haben, dass die dort herrschende Regierung der Weissen sich so verhält wie ein Mann, der mit lothender Fackel um einen Haufen offenliegenden Dynamits herumläuft.

* * *

Loderndes Algerien

Moslems wurden plötzlich zur politischen Kraft

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Der bekannte Satz von einer untergehenden Ordnung, die unfreiwillig aber folgerichtig ihr eigenes Ende vorbereitet, wurde selten so klar bestätigt, wie in diesen Dezembertagen in Algerien. Seit nahezu fünf Jahren, seit der frühere französische Regierungschef Guy Mollet am 6. Dezember 1956 in Algier mit Tomaten beworfen wurde, haben die rechtsradikalen "Ordnungsmänner" alle Techniken des revolutionären Umsturzes versucht; von der Flugzettelpropaganda bis zum politischen Generalstreik und zum bewaffneten Aufstand.

Die algerisch-arabische Bevölkerung stand dabei im Hintergrund, sie sah zu, wie die "Ultras" ungestraft Barrikaden bauten, Autos umwarfen und in Brand steckten, und die Regierungschefs der Vierten und Fünften Republik, ja selbst der französischen Staatschef de Gaulle, mit Schmäh- und Todesrufen empfangen. Als politischer Faktor existierten diese Algerier-Massen der Vorstädte von Algier nicht. Nur am 13. Mai 1958 mobilisierte man sie für eine sogenannte Verbrüderung, von der nicht viel übrig geblieben ist.

Jetzt setzt sich diese dunkle Masse in Bewegung und wird zum politisch handelnden Faktor mit Parolen, die von "Algerisches Algerien" und "Vive de Gaulle" bis "Unabhängiges Algerien" und "Ferhat Abbas an die Macht" gehen.

Zweifellos sind Agitatoren, sowohl der FLN als auch der sogenannten dritten Kraft (Algerisches Algerien im Bund mit Frankreich) am Werk. Entscheidend aber ist der offensichtlich spontane Massenaussbruch, ein politisches Erwachen, das nicht mehr rückgängig gemacht werden kann und eine Vorstellung von der kommenden Volksabstimmung gibt, wenn diese wirklich frei und international kontrolliert ist, wie General de Gaulle angekündigt hat. Mit einem Schlag verstummte der rechtsradikale Radau der weißen Aktivisten, als die Kasba (das Algerierviertel) sich in Bewegung setzte und als die arabischen Aktivisten zeigten, dass auch sie imstande sind, Barrikaden zu bauen. Hier erwiesen sich die Folgen, aber auch die Grenzen des rechtsradikalen Aufbruchs, der die unvermeidliche Entwicklung aufzuhalten versuchte.

Der dritte Umsturzversuch der Ultras erfolgte mit dem Schlachtruf "Algerie Francaise" und das Ergebnis ist ein Aufstand der bisher friedlichen algerischen Vorstädte gegen die Ultras. Der Funke hat gezündet, aber das eigene Haus steht in Flammen. Der Aufbruch wurde zum Aufstand, aber es ist die Erhebung der algerischen Bevölkerung. Was Ferhat Abbas nicht vermochte, die Ultras haben es soweit gebracht. Sie sind es, die in diesen Dezembertagen den Mythos des "Algerie Francaise" begraben haben.

In Paris weiss kein Mensch, was nun werden soll. Die Reise des Staatschefs durch Algerien war jedenfalls von Ereignissen begleitet, die kaum jemand vorhergesehen hatte. Die für den 8. Januar 1961 angesetzte Volksbefragung über die Algerien-Selbstbestimmung liegt in völlig neuer Perspektive. Jeder Tag kann jetzt neue Wendungen bringen

Verantwortlich: Günter Markscheffel